

ren voran. Dann aber begann die Entwicklung in der DDR zu stagnieren. Die Führung erwies sich als unfähig, die auf fast allen Gebieten wachsenden Schwierigkeiten, Probleme und Widersprüche zu lösen.

Statt dessen wurde im Gegensatz zur internationalen Entspannung und den internationalen Verträgen, die ja bekanntlich auch die DDR unterzeichnet hatte, im Innern der DDR die Sicherheitspolitik verschärft. In Analysen und zusammengefaßten Informationen machten wir laufend das MfS und den 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung auf diese und andere Ursachen und Bedingungen des zunehmenden ungesetzlichen Verlassens der DDR sehr eindringlich und konkret aufmerksam.

Während die Bezirksverwaltung solche Vorgänge über ungesetzliches Verlassen der DDR bearbeitete, die im Zusammenhang mit der Tätigkeit westlicher Organisationen standen oder exponierte Persönlichkeiten betrafen, fiel die Bearbeitung der anderen und damit der meisten Vorgänge dazu in die Zuständigkeit der Volkspolizei. In den achtziger Jahren häuften sich auch Vorkommnisse mit Übersiedlungsersuchenden, die demonstrativ auf Grenzübergangsstellen ihre Ausreise verlangten. Im Falle der Ablehnung ihres Antrages durch die Abteilungen Inneres des Magistrats bzw. der Stadtbezirksräte drohten sie mit Straftaten oder machten in der Öffentlichkeit demonstrativ auf sich aufmerksam. Diese Fälle wurden in der Regel durch die BV geprüft, um eventuelle staatsfeindliche Zusammenhänge aufzuklären.

Speziell vor und während politischer Ereignisse tauchten schriftliche Losungen oder Flugblätter auf, die Ablehnung oder Widerstand beinhalteten. Man konnte das auch als Spitze des Eisberges der Unzufriedenheit werten. Es gab bis zuletzt keine zentrale politische Strategie zur Lösung dieses brennenden gesellschaftlichen Problems. Statt dessen wurden unrealistische Forderungen zur Schaffung einer sogenannten "gesellschaftlichen Front zur Zurückdrängung von Übersiedlungsersuchenden" gestellt. In völliger Fehleinschätzung wurde dies den Sicherheitsorganen im Zusammenwirken mit den Abteilungen Inneres und den Betrieben überlassen. Ohne grundlegende Veränderung der Gesellschaftskonzeption mußte diese "Front" ein totgeborenes Kind bleiben.

Verschärft wurde die Lage noch durch unverständliche sporadische zentrale Einzelentscheidungen. So mußten wir an einem Sonntag im Jahre 1984 überstürzt und für uns völlig überraschend in Zusammenarbeit mit Inneres und der VP einem großen Kreis Übersiedlungsersuchender noch am gleichen Tage die Genehmigung ihrer Übersiedlung ins Haus bringen. Die politische Führung hatte sich davon eine Ventilwirkung erhofft, aber eine Sogwirkung erreicht. Danach gab es in Berlin mehr Übersiedlungsersuchende als je zuvor. Trotz dieser Erkenntnis blieb es auf diesem Gebiet